

Grüne / Ödp im Kreistag SHA

- Haushaltsrede 2016/17 -

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind erschüttert über die jüngsten Anschläge in Paris, mitten ins Leben hinein:  
Fußball-Länderspiel, Rockkonzert, Café-Terrassen.

Anderswo erleben Menschen jeden Tag den Terror und fliehen davor.

Damit bin ich gleich bei dem Thema, das sowohl den HH bestimmt als auch inzwischen  
die gesamte Landkreisverwaltung betrifft.

Die **Flüchtlinge**.

60 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht, und bisher, zumindest 2014, sind davon  
nur 14% in Industriestaaten angekommen. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge bleibt in  
den Nachbarländern, und das sind alle Länder, die sehr viel ärmer sind als wir.

Und immer noch verlassen Menschen ihre Heimat in der Krieg herrscht oder es keine  
Perspektive mehr für sie gibt und machen sich auf den Weg in eine hoffentlich bessere  
Zukunft, und immer noch ertrinken Männer, Frauen, Kinder im Mittelmeer.

Das dürfen wir so nicht hinnehmen und vielleicht gibt es eine positive Seite in der  
Flüchtlingsbewegung: Endlich bekommen die Fluchtursachen die nötige Aufmerksamkeit:  
Die extreme Ungleichheit auf der Welt, unsere Politikdefizite, unsere falsche Vorstellung  
von schnellen militärischen Lösungen.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität, das sollten die gemeinsamen Werte in Europa sein und wir  
brauchen endlich eine solidarische Haltung in Europa in der Flüchtlingsfrage. Wir können  
diese Situation nur gemeinsam bewältigen und für diese gemeinsame Lösung sollte sich  
die Bundesregierung einsetzen, wie wir das vor Ort auch tun, und nicht endlos intern  
darüber streiten, um anschließend unabgestimmt wieder die ganze Last auf Mittelmeer-  
und Nachbarstaaten abzuschieben.

Es braucht mehr Ordnung in den Verfahren hier in Deutschland und vor allem schnellere

Entscheidungen. Dazu fehlt aber seit Jahren und bis heute Personal vom Bund. Es ist in der gegenwärtigen Lage richtig, dass die Flüchtlinge, die keinen Anspruch auf Schutz haben, schnell wieder in ihre Heimatländer zurückkehren müssen - am liebsten freiwillig, das spart Kosten und ist besser für beide Seiten.

Dennoch kommen in den Landkreis Schwäbisch Hall die nächsten Monate voraussichtlich jeweils 360 neue Flüchtlinge. Von unserem Wunschstandard, wie wir Flüchtlinge in unserem Land unterbringen würden, mussten wir uns bereits verabschieden. Jetzt gilt es pragmatisch und von Monat zu Monat zu planen und zu agieren und mit Zuversicht und Mut nach Lösungen zu suchen.

Und nach allem was ich höre läuft es bisher im Großen und Ganzen gut im Landkreis.

Wir loben die Kreisverwaltung für ihr insgesamt gutes Agieren.

Das Verstärken der dezentralen Unterbringung hätte für uns aber auch schneller gehen können und in manchen Einzelfällen - nach wie vor etwa in Langenburg - gibt es noch Defizite. Wir wünschen uns in Zukunft auch mehr flexibles Bauen. Das ist dann vorausschauend und konstruktiv und dann ist auch der Invest für uns in Ordnung.

Wir loben die Gemeinden, die die Zeichen der Zeit inzwischen wohl alle erkannt haben und Wohnraum oder Baugrundstücke zur Verfügung stellen, so dass bald alle Gemeinden Flüchtlinge aufnehmen werden. Solidarität ist auf allen Ebenen wichtig. Und hilfsbereite Menschen stehen auch schon dort bereit, wo bisher noch keine Flüchtlinge untergebracht sind.

Wir loben an dieser Stelle aber auch unsere Landesregierung für die Spitzabrechnung, also für die Übernahme der tatsächlich anfallenden Kosten, so dass der Landkreis mit 34 zusätzlichen Stellen in die Lage versetzt wird, die Aufgabe optimistisch anzugehen.

Uns interessiert aber sehr, ob es einen Plan B gibt, wenn sie nicht alle Stellen besetzen können. Denn die Aufgaben werden ja mit Sicherheit auf den Landkreis zukommen. Die Verwaltung sollte daher im Frühjahr über die Stellenbesetzung berichten.

Ganz wichtig und hoffentlich bald installiert ist die geplante Stelle der oder des Flüchtlingsbeauftragten, die als Schnittstelle zu den Gemeindeverwaltungen und zu den vielen Ehrenamtlichen fungieren soll, ohne deren sowohl zeitliches als auch emotionales Engagement es gar nicht funktionieren würde. Sie organisieren Kleiderkammern, Fahrradwerkstätten, Sprachkurse, Kinderspiel- und Sportangebote, Fahrdienste und vieles

mehr und sind unverzichtbar, denn das Wichtigste für die Menschen ist es, eine Beschäftigung und Ansprechpartner\*innen zu haben.

Wenn das miteinander Leben funktionieren soll, sind Begegnungen das Wichtigste! Und gerade weil das ein unverzichtbarer Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen ist, ist es wichtig, die ehrenamtlich tätigen Menschen so gut es geht zu unterstützen und Hilfestellungen zu geben.

Wir sollten auch immer im Blick haben, dass die Flüchtlinge Chancen bieten für unsere Gesellschaft. Es gibt Bedarf bei Industrie und im Handwerk, im Landkreis sind 2500 Lehrstellen nicht besetzt. Es besteht also akuter Mangel an jungen Menschen, die diese Berufe erlernen wollen. Deshalb ist es richtig, hier gezielt die fachliche Qualifizierung zu organisieren und Firmen, Arbeitsagentur und andere Akteur\*innen zusammenzubringen. Wir begrüßen deshalb die vorgesehene Stelle bei der Wirtschaftsförderung.

Ich komme zu den **Finanzen**: Natürlich fallen die Verschuldung und die neuen Kredite für Investitionen für die Aufgaben zur Unterbringung der Flüchtlinge ins Auge. Diese Schulden sind aber für uns kein wirkliches Problem, solange die kostendeckenden Landeszuweisungen stabil bleiben. - Ich denke bei der grün-roten Landesregierung können Sie sich darauf verlassen. - Die Abhängigkeit unserer finanziellen Lage von wirtschaftlicher Prosperität ist aber groß und wird es 15 Jahre lang bleiben. Bund und Ländern fällt es heute leichter als sonst, finanzielle Ausgleichs zu geben und uns fällt es wegen der niedrigen Zinsen leichter, Kredite aufzunehmen. Dass diese Rahmenbedingungen so bleiben ist jedoch keineswegs gesichert, es ist eine fragile Situation.

Von daher finden wir es nach wie vor sinnvoll, eine höhere Liquiditätsreserve anzustreben. Der Landkreistag fordert 3% des HH-Volumens, das bedeutet für uns 6 Mio. €. Nach der jetzigen Finanzplanung beträgt die Liquiditätsreserve künftig aber nur noch rund. 2 Mio. €. Den Grundsatz, antizyklisch zu investieren, also in guten Zeiten Rücklagen zu bilden und in schlechten zu investieren, halten wir nach wie vor für richtig, und möchten darüber im kommenden VFA reden.

Die Kreisumlage beizubehalten ist für uns in Ordnung, da der absolute Ertrag in € trotzdem steigt. Damit können wohl auch die zusätzlichen Stellen finanziert werden, denn es sind ja über den Flüchtlingsbedarf hinaus 15 weitere Stellen in der Landkreisverwaltung geplant. Dafür möchten wir - ebenfalls im kommenden VFA - eine Darstellung des konkreten Bedarfs. Auch für den z.T. daraus resultierenden weiteren Flächenbedarf im

Karl-Kurz Areal möchten wir einen konkreten Nachweis, z.B. über einen aussagekräftigen Belegungsplan. Im Raum steht ja auch noch die Unterbringung der psychologischen Beratungsstelle, die stadtnah bleiben könnte, wo sie jetzt ist. Das alles muss auf jeden Fall auf die TO des zuständigen Ausschusses und gründlich beraten werden, bevor es automatisch weiterverfolgt wird.

Zum **Straßenbau**: Es ist gut, dass sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass die Sanierung des bestehenden Straßennetzes wichtiger und richtiger ist, als Berge von Aus- und Neubaumaßnahmen vor sich her zu schieben und sich mit diesen auch laufend spätere Sanierungserfordernisse aufzubürden. Denn jede neue Straße erfordert 50 Jahre später einen Erhaltungsaufwand, der den Neubaukosten entspricht. Schon daran ist sichtbar: Es muss ein Ende der Kostenspirale geben. Und eine modere Mobilität zeichnet sich nicht durch die Länge eines Straßennetzes aus, sondern durch eine intelligente Verknüpfung aller Formen der Mobilität, so dass alle Menschen, jung und alt, mobil bleiben.

Trotzdem hat das Land noch nie so viel Geld für Straßen ausgegeben wie in dieser Legislatur, um den riesigen Sanierungsstau, den sie von der alten Landesregierung übernommen hat, abzubauen. Einen Förderstopp bei den LGVFG-Mitteln gab es, Herr Landrat, weil die alte Regierung so viele Projekte versprochen hatte, dass gar kein Spielraum für neue Projekte war.

Wichtig ist es nun, eine Folgefinanzierung der Entflechtungsmittel nach 2019 beim Bund anzumahnen und sicherzustellen.

Ohne eine Folgefinanzierung dieser Entflechtungsmittel kann das Land kein Geld verteilen.

Dennoch ist das eine oder andere Ausbau-Projekt sinnvoll, wenn sich neue Straßennutzungsverhältnisse ergeben, deshalb haben wir uns auch für die K2523 Wiesenbach mit Erfolg eingesetzt.

Die geplanten Projekte aus dem Kreisstraßenbauprogramm für 2016 sind in Ordnung. Allerdings müsste mindestens ein Projekt geschoben werden, wenn wir uns vernünftigerweise für eine höhere Liquiditätsreserve entscheiden. Wir würden letzteres begrüßen. Die Sanierung der Brücke in Wilhelmglück halten wir für angebracht - am ehesten nach Modell 2 - sie sollte dann in das neue Straßenbauprogramm ab 2017 aufgenommen werden.

Im Blick auf das **Radwegekonzept** des Landkreises wünschen wir uns, zeitnah im Frühjahr 2016 einen Sachstandbericht, Antworten auf verschiedene Fragen zur Ziel- und Umsetzungsplanung wären notwendig.

Für den Bau von sicheren und den neuen Richtlinien gemäßen Querungen im Zuge des RadNETZes - Baden Württemberg gibt es ein extra Förderprogramm des Landes. Da könnte auch in unserem Landkreis die eine oder andere Maßnahme finanzierbar sein.

Wir unterstützen sie, Herr Landrat, in der Absicht, einen Radweg von Langenburg-Bächlingen nach Unterregenbach entlang des Kocher-Jagst Radwegs zu bauen und sind deshalb beim MVI bereits vorstellig geworden.

Wichtig für einen attraktiven und funktionsfähigen ländlichen Raum ist eine flächendeckende **Gesundheitsversorgung**.

Diese bei einer älter werdenden, in der Regel multimorbiden und pflegeintensiven Klientel zu gewährleisten, wird nicht einfach sein.

Und das Krankenhausstrukturgesetz wird da nicht hilfreich sein, auch wenn es wegen der Protestaktion der Gesundheitspraktiker\*innen nicht ganz so schlimm kommt, wie befürchtet.

Im Klinikum CR wird ein hohes Defizit im operativen Geschäftsbereich bleiben, welches der Landkreis tragen muss.

Von einer großen Koalition haben wir da mehr erwartet. Für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung muss die Trennung zwischen ambulant und stationär aufgehoben und neuen Formen eine Struktur gegeben werden, die sich strikt an den Zielen Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität für die Einwohner\*innen in unser Region ausrichtet.

Praktische Umsetzungen hierzu hat der Sachverständigenrat in seinem letzten Gutachten längst vorgeschlagen.

Wesentlich ist dabei auch eine stärkere Vernetzung und Kooperation aller im Gesundheitswesen tätigen Berufsgruppen.

Wir sind deshalb froh, dass wir in Crailsheim mit dem weiteren Ausbau des Klinikstandortes mit dem MVZ bereits diesen Weg eingeschlagen haben und auch die Angebote für ältere Menschen am Standort vorgehalten werden.

Letzteres verbunden mit der Hoffnung, dass die Kassen bei der Finanzierung sich ihrer

Verantwortung für ihre Versicherten auch stellen.

Und wir sind auch froh, dass die Klinikleitung erkannt hat, dass Patient\*innen ein gutes Krankenhaus auch wesentlich nach der erbrachten Pflegeleistung beurteilen und die Stellen hierfür aufgestockt hat.

Ich möchte auch daran erinnern, dass wir uns vor über einem Jahr vorgenommen haben, auch die Hospiz- und Palliativversorgung in unserem Landkreis fachlich und strukturell voranzubringen. Wir möchten hier, auch vor dem Hintergrund der letzten Bundestagsdebatten, etwas mehr Eile und Ergebnisse anregen.

**Energie** ist ein wichtiger Bereich, in dem auch der Landkreis gefordert ist.

Wir müssen alles tun, um den Klimawandel zum Stillstand kommen zu lassen. Schon jetzt gibt es Klimaflüchtlinge - die Pazifikinsel Tuvalu hat Asyl beantragt, weil sie untergehen wird - und die Klimaforschung prognostiziert den Untergang des Lebensraums von 280 Millionen Menschen - selbst wenn wir die 2 Grad Marke einhalten.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien im Landkreis liegt inzwischen nahe an der 50%-Marke. Das bedeutet neben dem umweltentlastenden Effekt auch ein höheres Steueraufkommen in Kreis und Kommunen, statt Devisen ins Ausland abfließen zu lassen.

Aber es gilt, diese Situation weiter zu verbessern:

Das beauftragte Klimaschutzkonzept muss Hinweise über Nutzungspotentiale von EE geben. Dazu muss die Arbeit nach Abschluss des Gutachtens durch einen Klimaschutzbeauftragten weitergeführt werden. Das wird nächstes Jahr Thema sein.

Wir finden es erfreulich, daß nun auch die erheblichen Energiepotentiale im Biomüll durch eine Biomüllvergärung genutzt werden. Wir möchten hier eine Lösung mit einer hohen Effizienz und mit geringen Umweltbelästigungen.

Im Verkehr müssen umweltfreundliche Antriebsenergien vorankommen. Der VW-Skandal zeigt, daß die alte Technologie hier am Ende ist. Der Landkreis als Flottenbetreiber muss mehr E-Mobilität in den eigenen Fuhrpark und den ÖPNV einbringen. Inzwischen haben wir auch einen großen Anteil erneuerbaren Strom, so daß die Fahrzeuge aus heimischer Produktion gespeist werden können.

Auf der Wärmeseite muss mehr Biomasse und Solarenergie als erneuerbare Energieträger genutzt werden. Dazu sind lokale Wärmenetze hilfreich, wie sie schon in den Städten gebräuchlich sind. Auch in einigen Dörfern im Landkreis sind sie schon zu

finden. Hier muss der Landkreis den lokalen Akteur\*innen, z.B. über das Energiezentrum, unter die Arme greifen.

Hier ist dann sicher auch eine Koordination mit dem Breitbandausbau sinnvoll. Dieser schnelle Zugang zum Internet – sei es in der Freizeit, zum Arbeiten oder für die Schule – ist ein unverzichtbarer Bestandteil moderner Lebensqualität und ein Standortfaktor, der die ländlichen Gebiete auch weiter attraktiv für Unternehmen halten wird. Die grün-rote Landesregierung hat dazu die Haushaltsmittel für den Breitbandausbau verdreifacht, um den Spitzenplatz, den BW im Bundesvergleich hat, weiter auszubauen.

Ich sage jetzt nichts weiter dazu, was die grün-rote Landesregierung noch alles getan hat, damit der ländliche Raum auch für kommende Generationen lebenswerte Heimat und wirtschaftsstarker Arbeitsort bleibt, auch wenn mir einiges zu ELR, LEADER oder der regionalen Schulentwicklung einfallen würde.

Zum Abschluss möchte ich den Antrag auf Zuschuss von 20.000 Euro für die Erlacher Höhe stellen. Die „Haller Arbeit“ der Erlacher Höhe befindet sich in einer finanziell schwierigen Situation und wir wollen bestehende Strukturen für benachteiligte Menschen aufrecht erhalten. Sie werden in den kommenden Jahren sinnvoll sein.

Und ich möchte Ihnen, Herr Landrat, wieder ein Buch überreichen - ich denke beim 3. Mal kann es jetzt schon fast Tradition genannt werden.

Wir haben diesmal **Welcome - Konzepte für eine menschenwürdige Architektur** ausgesucht. Ein Buch, das zeigt (auch in vielen Bildern), wie eine gute Unterbringung von Neuankömmlingen architektonisch auch im Herzen der Städte und damit in der Mitte der Gesellschaft möglich ist. Sicher sind auch Anregungen für unsere Projekte dabei.

Anträge und Vorschläge:

1. Bericht Stellenbesetzung Bereich Asyl
2. Diskussion Liquiditätsreserve
3. Nachweis Bedarf 15 weitere Stellen
4. Raumbedarf Kar Kurz
5. Sachstandsbericht Radkonzept
6. 20.000 Euro für Haller Arbeit
7. ÖPNV Tarif Hartz IV und Flüchtlinge
8. Zuschuss E-Bus